

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

3.2.1930 (No. 29)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
 Karl-Friedrich-
 Straße Nr. 14
 Karlsruhe
 Nr. 953
 und 954
Postfach:
 Karlsruhe
 Nr. 9515

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 G. Menck,
 Karlsruhe

Verlagspreis: Monatlich 8,25 RM, einchl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstage 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen trittlicher Rabatt, der als Kalkulationsabzug gilt und vorbehalten werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, dringender Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckbogen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(Mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland)

In der Berichtszeit vom 23. bis 29. Januar hat die Last der Arbeitslosigkeit immer noch zugenommen, und Anzeichen für einen baldigen Umschwung der Arbeitsmarktlage haben sich noch kaum gezeigt.

Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war am 29. Januar 1930 folgender:

- in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 111 425 Personen (97 091 Männer, 14 334 Frauen),
 - in der Krisenunterstützung 12 293 Personen (9601 Männer, 2692 Frauen).
- Die Gesamtzahl der Unterstützten stieg um 5205 Personen oder um 4,4 v. H. von 118 510 Personen (101 987 Männer, 16 523 Frauen) auf 123 715 Personen (106 692 Männer, 17 026 Frauen). Davon kamen
- auf Württemberg 50 830 gegen 47 914 und
 - auf Baden 73 885 gegen 70 596 am 29. Januar 1930.

Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 29. Januar auf 1000 Einwohner 24,6 Hauptunterstützungsempfänger gegen 26,6 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Zugänge an Arbeitslosen aus den Bauberufen waren in der letzten Woche weniger auf ein weiteres Nachlassen der sehr geringen Bautätigkeit zurückzuführen als darauf, daß in den ländlichen Gegenden viele Bauarbeiter, die in den Foren gearbeitet hatten, wegen Beendigung der Holzhauserarbeiten sich zur Erlangung der Unterstützung bei den Arbeitsämtern meldeten, da das Hochbaugewerbe selbst noch nicht die geringste Aufnahmefähigkeit zeigt und die beim Tiefbaugewerbe gebotenen Beschäftigungsmöglichkeiten nicht ausreichen. In den Maßnahmen der werkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge hat sich die Zahl der beschäftigten Kostlandsarbeiter auf fast 8000 erhöht. Die Industrie der Steine und Erden zeigt immer noch eine scharf nach abwärts gerichtete Entwicklung; besonders groß waren die Entlassungen in der Hartsteinindustrie des Odenwaldes, und auch in den Granitwerken des Schwarzwaldes stehen umfangreiche Einschränkungen bevor.

In der Landwirtschaft hat sich die Nachfrage nach geeignetem Dauerpersonal, insbesondere nach weiblichem Gehilfen, das aber kaum zu beschaffen ist, weiter verstärkt. Die Fortwirtschaft hat in der letzten Woche wieder sehr viele Arbeiter entlassen, weil die Arbeiter infolge des günstigen Wetters in den letzten Monaten vornehmlich in den Gemeindeforsten früher beendet werden konnten.

Das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe hatte nur geringen Bedarf an Dauer- und an Aushilfspersonal; etwas reger war die Vermittlungstätigkeit im Müllergewerbe. In der Berufsgruppe häusliche Dienste wurden nur gut ausgebildete Kräfte verlangt, an denen erheblicher Mangel herrscht; Anfahrstellen für die zahlreich angebotenen jungen Kräfte dagegen fehlen fast vollständig.

Die Arbeitsmarktlage in der Industrie hat in der Berichtwoche eine weitere Verschlechterung erfahren. In der Metallindustrie hat sich hauptsächlich in Baden die Abschwächung des Beschäftigungsgrades fortgesetzt. Der landwirtschaftliche Maschinenbau mußte schon wieder zur Einführung von Kurzarbeit schreiten. Die Karlsruher Maschinenbaugesellschaft schließt ihren Betrieb überhaupt und hat in der Berichtwoche 181 Arbeiter entlassen. Auch eine Pumpenfabrik hat größere Entlassungen angekündigt. In der Schmiedwarenindustrie neigt die Lage ebenfalls zur Abschwächung. In der Uhrenindustrie zeigte sich die Abschwächung des Beschäftigungsgrades in vermehrter Kurzarbeit; die Entlassungen hielten sich noch in geringen Grenzen. In der chemischen Industrie mußte eine Fabrik den Betrieb schließen und 75 Arbeitskräfte entlassen. In der Textilindustrie sind in der Berichtwoche mehrere Stilllegungsanzeigen eingegangen, auch sind bereits Entlassungen vorgekommen. Die Lederindustrie zeigte dagegen ein Anzeichen des Beschäftigungsgrades. Sehr schlecht ist die Lage immer noch in der Holzindustrie, wo sich besonders die Lage der Sägewerksindustrie weiter verschlechtert hat. Auch die Harmonikaindustrie mußte zu Entlassungen schreiten. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe verschärfte sich die Lage durch große Entlassungen in der badischen Tabakindustrie. Die Mohlfabrikation gab ebenfalls weitere Kräfte frei. Im Bekleidungsgebiete war der Beschäftigungsstand der Schuhindustrie noch gut, wenn auch vereinzelt Betriebseinschränkungen vorgenommen werden mußten. In der Maßschneiderei war die Arbeitslosigkeit immer noch im Zunehmen begriffen; für Konfektionsarbeiter waren die Unterbringungsbedingungen günstiger. In den übrigen Berufen waren die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt nicht von Bedeutung.

Der Reichspräsident empfing am Sonntagmorgen den privaten Besuch des Königs von Dänemark, der sich auf der Durchreise nach der Riviera einige Stunden in Berlin aufhielt.

Der österreichische Bundeskanzler Schöber ist heute, Montag früh, von Wien zu seinem Besuch nach Rom abgereist.

Letzte Nachrichten

Youngplan und Finanzreform

Kabinettsitzung und Parteiführerbesprechung
 Br. Berlin, 3. Febr. (Priv.-Tel.) Das Reichskabinett trat heute vormittag um 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der es sich mit dem Ergebnis der Chefbesprechung zwischen Preußen und dem Reich beschäftigte, die am Sonntag stattfand und das deutsch-polnische Liquidationsabkommen zum Gegenstand hatte. Im Anschluß daran fanden sich die Parteiführer zu ihrer für heute vormittag beim Reichskanzler einberufenen Besprechung ein, die auf den Vorstoß des Zentrums zurückzuführen ist und in der man sich um eine Einigung über alle aktuellen politischen Fragen, die im Zusammenhang mit dem Youngplan stehen, bemühen will. Es ist möglich, daß bei dieser Gelegenheit auch die Steuerfragen zur Sprache kommen.

Keine Kürzung der Beamtenehälter

Eine Erklärung des Reichskanzlers

Br. Weimar, 3. Febr. (Tel.) In einer Sitzung des Landesauschusses des Allg. Deutschen Beamtenbundes hielt Reichstagsabgeordneter Falkenberg einen Vortrag und vertrat dabei u. a. die Behauptung, daß das Reich die Beamtenehälter kürzen wolle. Er erklärte dazu, daß er am Samstagvormittag mit Reichskanzler Hermann Müller eine Unterredung gehabt habe, der ihm auf die bestimmte Frage ganz bestimmte Auskunft erteilt habe, daß eine derartige Vorlage überhaupt nicht in Erwägung gezogen wäre. Das Kabinett ist noch nicht einmal mit einer solchen Anregung befaßt worden. Nach Ansicht des Reichskanzlers könne die Beamtenschaft vollkommen beruhigt sein.

Wie Falkenberg weiter ausführte, soll sich dieses Gerücht so erklären, daß bei der ersten Erörterung über die Novelle über die Arbeitslosenversicherung in bestimmten parlamentarischen Kreisen der Plan aufgetaucht sei, die Beamten mit zu den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung heranzuziehen. Dieser Plan sei aber schon bei den ersten Erwägungen wieder von der Willkür der verschwinden und gar nicht erst an die Regierung gelangt.

Mecklenburg-Strelitz und Preußen

Br. Mecklenburg-Strelitz, 3. Febr. (Tel.) Wie verlautet, ist kürzlich eine Fühlungnahme zwischen Mecklenburg-Strelitz und Preußen erfolgt, da Mecklenburg-Strelitz darüber wollte, wie weit Preußen etwa geneigt ist, einer Angleichung des Freistaates Mecklenburg-Strelitz zuzustimmen. Die Fühlungnahme soll auf eine Anregung der sozialdemokratischen Fraktion des Mecklenburg-Strelitzer Landtages zurückzuführen sein.

Verenguer über sein Programm

Wiederherstellung der Verfassung

Br. Paris, 3. Febr. (Tel.) Der spanische Ministerpräsident, General Verenguer, hat die Berichtblätter verschiedener französischer Blätter empfangen. Nach dem „Journal“ fügte er aus: Ich beabsichtige, Spanien das normale verfassungsmäßige Leben wiederzugeben, halte es aber für notwendig, dabei schrittweise vorzugehen. Ich werde sorgfältig einen kostbaren Teil des Erbes meines Vorgängers und Freundes Primo de Rivera übernehmen, beispielsweise gebe ich das Programm großer öffentlicher Arbeiten und den nationalen Wirtschaftsausbau durchzuführen, das Primo de Rivera so mutig in Angriff genommen hatte. Ich gebe auch die auf ihn zurückgehende Einrichtung der paritätischen Ausschüsse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die für den sozialen Frieden so viel geleistet haben, beizubehalten. Da ich aus Kuba komme, werde ich der Entwicklung Spaniens zu den lateinamerikanischen Ländern besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Natürlich werde ich mein Bestes tun, um auch mit den anderen Mächten herzliche Beziehungen zu unterhalten.

Br. Madrid, 3. Febr. (Tel.) Der offizielle Heeresanzeiger veröffentlicht ein Dekret, durch das die Generale Primo de Rivera und Martinez Anido mit dem Sitz in Madrid zur Disposition gestellt werden.

Bahabitieneinfall in Transjordanien

Br. London, 3. Febr. (Tel.) Einer Ergangemeldung aus Jerusalem zufolge haben zwei Bahabitenstämme einen Angriff auf zwei Stämme in Transjordanien unternommen. 450 Eingeborene sollen dabei getötet worden sein. Britische Panzerwagen sind von der Hauptstadt Amman nach Raan abgegangen.

Landeshauptmann Piontel †. In Ratibor ist der Landeshauptmann der Provinz Oberschlesien, Piontel, 53 Jahre alt, an einer Lungenerkrankung gestorben. Er wurde 1924 zum ersten Landeshauptmann der neuerrichteten Provinz Oberschlesien gewählt. Seit Kriegsende war er Oberbürgermeister der Stadt Ratibor gewesen. Piontel wirkte in hervorragendem Maße an dem Aufbau und Ausbau der neuen Provinz. Für Anschließ des Ostens an Preußen hat sich der Landesauschuss der Deutschen Volkspartei in Hesse ausgesprochen.

Die deutsche Selbstverwaltung im Jahre 1930

Es unterliegt leider keinem Zweifel, daß der Gedanke der kommunalen Selbstverwaltung in dem nun verflochtenen Jahre große Einbußen erlitten hat. Das gilt sowohl hinsichtlich seines öffentlichen Ansehens als auch seiner Stellung gegenüber der staatlichen Verwaltung. In der Abwehr gegen Bestrebungen auf Einschränkung und Kontrolle der kommunalen Selbstverwaltung konnten sich aber deren Organe bisher immer auf die öffentliche Meinung stützen. Eigene Fehler und Mängel tragen die Schuld daran, daß in dieser Hinsicht bei einem Teile der öffentlichen Meinung jetzt ein Stimmungsumschwung eingetreten ist. Man wird leider nicht bestreiten können, daß zum mindesten die kommunale Finanzwirtschaft den außerordentlich schwierigen Aufgaben, die ihr die Finanzierung der kommunalen Verwaltungstätigkeit in den letzten Jahren stellte, teilweise nicht gewachsen gewesen ist.

Der Ursprung dieses Versagens liegt wahrscheinlich in einer schnellen und zu starken Ausdehnung des kommunalen Aufgabenkreises. Die Kommunalisierung zahlreicher Wirtschaftsbetriebe, auch über den Kreis der eigentlichen Versorgungsbetriebe hinaus, hat die Gemeinden vor Aufgaben gestellt, die wegen der wachsenden Verknappung der Geld- und Kapitalmärkte fast unlösbar werden mußten. Selbst, wenn es nämlich gelungen war, diese jungen kommunalen Wirtschaftsbetriebe infolgedessen auf eigene Füße zu stellen, als ihre laufenden Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt wurden (was auch schon meistens nicht ganz leicht war), so erforderten sie zum Zwecke ihrer Ausdehnung und Intensivierung sehr bedeutende Neuanlagen von Kapital, die um so stärker anstiegen, je mehr die Nationalisierungsbewegung in Deutschland sich ausbreitete.

Man wollte die kommunalen Wirtschaftsbetriebe nicht hinter den privatwirtschaftlichen an Leistungsfähigkeit und modernem Ausbau zurückbleiben lassen. Die erforderlichen Gelder konnten aber aus den laufenden Einnahmen der Gemeinden um so weniger bestritten werden, als die Finanzhoheit der Gemeinden durch die Reichssteuererhebung auf stärkere Einkünfte begrenzt war, und als die Reichsüberweisungen zusammen mit den verbliebenen eigenen Steuerquellen der Gemeinden meist nur mit Mühe und Not ausreichten, um die laufenden Ausgaben zu decken. Es entsprach ja auch durchaus den Grundsätzen einer geordneten Finanzverwaltung, wie man sie in der Vorkriegszeit stets gehandhabt hatte, umfangreiche und kostspielige Neubauten, deren Nutzen und Ertrag sich erst in vielen Jahren allmählich auswirken konnte, nicht aus den laufenden Einnahmen des ordentlichen Haushaltes zu decken, sondern in den außerordentlichen Haushalt zu bringen, der dann durch Aufnahme entsprechender Anleihen ausgeglichen wurde. So konnte man auch in den Jahren von der Währungsstabilisierung bis zum Jahre 1929 verfahren. Aber je größer der Umfang der kommunalen Wirtschaftsbetriebe wurde, in je größerem Maße zudem auch noch andere kommunale Bauten finanziert werden mußten, desto höher wuchs auf diese Weise der kommunale Anleihebedarf an.

Man wird kaum ernstlich bestreiten können, daß namentlich in den letzten beiden Jahren ein Teil der Großstädte die deutschen Geld- und Kapitalmärkte in allzu starkem Maße in Anspruch genommen hat. Das ergibt sich, wenn es Zahlenmäßiger Beweise noch bedarf, aus einer Statistik über die „Großstadtschulden“, die das Statistische Reichsamt in seiner Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht hat. Danach betragen die Gesamtschulden der Großstädte am 31. März 1928 rund 2808 Millionen Reichsmark, am 30. September 1929 dagegen 4231 Millionen Reichsmark. In diesen 1 1/2 Jahren haben also die Schulden der Großstädte um 1623 Millionen Reichsmark zugenommen. Auch wenn man berücksichtigt, daß von dieser Zunahme 177 Millionen Reichsmark auf die rheinisch-westfälischen Industriegebiete entfallen, die erst durch die kommunale Regulierung dieses Gebietes Großstädte geworden sind, verbleibt doch immer ein Anwachsen der Großstadtschulden um mehr als 55 Proz. in diesem kurzen Zeitraum.

Gewiß sind diese Schulden in der Hauptsache für werbende Zwecke, also für die Erweiterung und Nationalisierung der kommunalen Versorgungs- und Wirtschaftsbetriebe, der Verkehrsanstalten sowie für den Wohnungsbau, verwendet worden. Aber man ist bei der Aufnahme dieser Schulden zweifellos hier und da im Hinblick auf den werdenden Zweck der Ausgaben allzu großzügig vorgegangen. Rationell ist jede werbende Ausgabe nur dann, wenn der durch sie geschaffene Mehrertrag die Kosten der Finanzierung übersteigt. Das ist aber häufig dann nicht der Fall, wenn man für die Beschaffung der erforderlichen Gelder allzu hohe Zinsaufwendungen machen muß. Mit der in beunruhigender Weise wachsenden Anspannung des Kapitalmarktes haben aber die Gemeinden immer höhere Zinsfüße bewilligen müssen. Anstatt sich hierdurch zur Zurückhaltung selbst wichtiger Bauten und anderer Projekte zwingen zu lassen, hat man hier und da in bezug auf die Bewilligung hoher Zinsfüße geradezu miteinander gewetteifert, um nur die gewünschten Anleihen möglichst bald zu erhalten.

Das wurde noch erheblich schlimmer, als die internationalen Kapitalmärkte im Jahre 1929 fast völlig verfestigten, und die Gemeinden nun mit ihrem ungeheuren Geldbedarf auf die verknappten und unergiebigen Inlandsmärkte angewiesen waren. Aber auch dann noch hat man sich nicht rechtzeitig entschließen können, die Ausgaben schleunigst zu stoppen. Man hat vielmehr, als Inlandsanleihen schließlich nur noch in Einzelfällen zu höchst ungünstigen Bedingungen zu erlangen waren, dafür zunächst mittel- und kurzfristige Kredite am Geldmarkt aufgenommen. Die Folge davon war, daß nun auch, was noch viel bedenklicher ist, die kurzfristige Verschuldung

Mit der Beilage: 13. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

der Gemeinden erheblich anwuchs. Nach der erwähnten amtlichen Statistik sind die kurzfristigen Schulden der Großstädte von 576 Millionen Reichsmark am 31. März 1928 auf 1281 Millionen Reichsmark am 30. September 1929 gestiegen. Das ist mehr als eine Verdoppelung. Das Endergebnis war, daß die öffentliche Meinung angefaßt einer so umfangreichen Schuldensteigerung der Gemeinden stutzig wurde. Man machte es den kommunalen Verwaltungen zum Vorwurf, daß sie durch ihre übersteigerte Schuldenaufnahme und durch die Bewilligung immer höherer Zinssätze an der Verteuerung des Geldes die Hauptschuld trügen. Mögen sie hierbei auch stets nur aus Not gehandelt haben, so bleibt die Tatsache einer zinsversteuernden Wirkung des übermäßig hohen Geldbedarfs der Kommunen bestehen.

Unter dem Druck dieser öffentlichen Meinung haben dann staatliche Eingriffe in die kommunale Finanzwirtschaft vorgenommen. Die Initiative zu einer Umkehr kann nur von den Gemeinden selbst ausgehen. Sie müssen zunächst einmal ihren Haushalt wieder in Ordnung bringen, damit selbst jeder Vorwand für eine staatliche Kontrolle beseitigt wird. Dazu ist es nötig, daß umfangreiche Ausgabenbeschränkungen in allen städtischen Haushalten vorgenommen werden. Überall müssen rücksichtslos Abstriche an den Ausgaben gemacht werden, und es muß geprüft werden, welche bisher dringlich erscheinenden Ausgaben vielleicht doch noch ein oder zwei Jahre zurückgestellt werden können. Die alten Trennungen zwischen ordentlichem und außerordentlichem Haushalt müssen fallen. Wenn es eben nicht möglich ist, die Ausgaben in Ordnung zu halten, verdient wirklich diesen Namen für die Finanzierung größerer Bauten und Anlagen zu erhalten, so muß versucht werden, die unausschießbaren Projekte zunächst aus den ordentlichen, laufenden Einnahmen zu finanzieren und dafür andere Ausgaben des ordentlichen Haushalts einzusparen.

In bezug auf das Schuldenmachen muß überall mit größter Energie gebremst werden, denn es besteht keine Aussicht, daß die Lage auf den Geld- und Kapitalmärkten sich in nächster Zeit wesentlich bessern wird. Nur eine Selbstverwaltung aber, die ihre Aufgaben auch selbst zu finanzieren vermag, die jede staatliche Aufsicht dadurch verhindert, daß sie selbst die eigenen Finanzen in Ordnung hält, verdient wirklich diesen Namen und wird sich auf die Dauer erhalten können. Nur sparsame Ausgabenbeschränkung kann daher im Jahre 1930 den Weg zur Behauptung der kommunalen Selbstverwaltung freimachen.

R. R.

Die Stichwahl in Rappoltsweiler

Bei der Kammerwahl in Rappoltsweiler (Stichwahl) wurde am Sonntag der Kandidat der französischen nationalgeordneten Katholiken, Nieber, mit 6253 Stimmen gewählt. Der Kandidat der Kath. Volksvereingung erhielt 4310 Stimmen, der kommunistische Kandidat 98. Die Sozialisten hatten für die Stichwahl Stimmenthaltung angeordnet. Es handelt sich um die Neubefestigung des durch die Wahl des Abg. Pfleger (Kath. Volksvereingung) zum Senator freigewordenen Abgeordnetenmandats.

Reform der englischen Arbeitslosenversicherung

Das englische Unterhaus hat am Donnerstag mit 284 gegen 133 Stimmen die vom Oberhaus zu dem Gesetz über die Arbeitslosenversicherung vorgeschlagenen Änderungen verworfen. Die verworfenen Änderungen sahen vor, daß die Versicherungsfrist auf ein Jahr begrenzt wurde. Ferner sollte die Zuerkennung der Arbeitslosenunterstützung erschwert werden durch Einfügung einer Bestimmung über den Nachweis, daß der betreffende Arbeitslose sich wirklich vergeblich um Arbeit beworben hat.

Moratoriumsgeßuch der türkischen Regierung?

Fr. London, 1. Febr. (Priv.-Tel.) Der „Times“-Korrespondent in Konstantinopel will „von vertrauenswürdiger Seite“ erfahren haben, daß die Regierung beschlossen habe, die ausländischen Gläubiger der Türkei um Zustimmung zu einem Aufschub der Zahlung der osmanischen Schuld zu ersuchen. Die Regierung beabsichtigt ferner, um einen Aufschub der Zahlung der Schulden an verschiedene ausländische Unternehmungen zu ersuchen, die Geld zum Eisenbahnbau gewährt haben. Es wird erklärt, daß dieser Schritt durch den Wunsch der Regierung veranlaßt werde, die türkische Währung zu stabilisieren.

Wo ist Kutiepow?

Das rätselhafte Verschwinden des russischen Generals Kutiepow, einstigen Adjutanten Wrangels und Führers der weißrussischen Emigration, beginnt in Paris zu einer wahren Wassenspiele auszuarten. Die Emigrantenblätter haben für die Auffindung der Spur Kutiepows Belohnungen bis zu 100 000 Franken ausgesetzt. Die Russin Lubmilla Robedonoff, die nach Angabe der „Liberte“ Kutiepow als Lockspitzel der GPK in eine Falle gelockt haben soll, konnte ihr volles Alibi beibringen. Ein russisches Emigrantenblatt will wissen, daß Kutiepow noch am Leben sei und seit seiner Entführung an einem geheimen Orte gefangen gehalten werde.

Am Samstagvormittag soll auf der Straße zwischen Gütten und Mülders bei Schlüßtern das fahrplanmäßige Postauto beraubt worden sein. Nach Angabe des Kraftwagenführers, der sich ohne Begleitung befand, hielten zwei Unbekannte das Postauto mit vorgehaltenen Schusswaffen an. Sie raubten aus den Wagen Postfächer und Geldtaschen, die u. a. 8000 M bares Geld enthielten.

Nach einer Kaufmännischen Meldung soll die Morbaffäre Meußbücker geklärt sein. Der Verteidiger des unter dem Verdacht des Gattenmordes in Haft befindlichen Kommerzienrats Heinrich Meußbücker hatte am 21. Januar gegen die Arbeiter Schubert und Papp Strafantrag wegen Ermordung der Frau Meußbücker gestellt. Die beiden Arbeiter sollen ein Geständnis abgelegt haben.

In Marseille schoß ein Armenier in einem Anfall von Tollwut fünf Personen nieder und tötete sich dann selbst. An der Südküste Frankreichs, ebenso an der Westküste der Pyrenäenhalbinsel, herrscht gegenwärtig Sturm. In der Gegend von La Rochelle wurde ein Damm durch das aufgewühlte Meer zerstört und eine dicht am Ufer gelegene Ortschaft vollkommen überschwemmt. Starke Sturmfluten werden aus Lissabon gemeldet. Aus Portugal werden starke Schneestürme gemeldet. Menschenleben sind zu beklagen.

Der englische Finanzmann Gehr, der, wie gemeldet, zu einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren verurteilt wurde, hat sich entschlossen, gegen das Urteil Berufung einzulegen, mit der Begründung, daß die Strafe zu hoch sei.

Ein Auto mit sechs 16- bis 18jährigen jungen Leuten stürzte in Kalifornien in den San Antonio Canyon ab und geriet in Brand. Fünf Insassen wurden getötet, einer schwer verletzt. Aus dem Fund der Bremsen des Wagens ist zu entnehmen, daß die Insassen beim Befahren der in den Canyon hinabführenden Kurven die Gewalt über den Wagen verloren hatten.

Rubiger Sonntag in Hamburg und Berlin

Der Sonntag ist in Hamburg und Berlin ohne Zwischenfälle verlaufen. In Hamburg hatten die Kommunisten einen Generalstreik der Erwerbslosen und Hungerdemonstrationen geplant. Die Polizei verhaftete über 100 Kommunistenführer und hob mehrere komm. Sammelstellen und Lokale aus. Die Kommunisten ließen erklären, die Anhänger sollten sich jetzt auf kleine Störungen der Ordnung beschränken; der große Schlag würde dann in einigen Tagen erfolgen. Man verstand aber auch in kommunistischen Kreisen die Verlegenheitsausflüchte sehr wohl und betrachtete die Pläne als abgeblasen.

In Berlin machten die Kommunisten nirgends mehr Versuche, die Ruhe zu stören, nachdem alle Zusammenrottungen, die noch in der Nacht zum Sonntag stattfanden, von der Polizei sehr rasch auseinandergetrieben worden waren. In der Gegend des Alexanderplatzes war es zu einem schweren Tumult gekommen. Dort versuchten die Kommunisten, einen Fleischereigenen zu stürzen. Entlassen wurden am Sonntag auch die 76 Kommunistenführer, die in der Nacht vom Freitag zum Samstag übertrajend festgenommen worden waren, um der geplanten Aktion schon in ihrem Entstehen die Schlagkraft zu nehmen.

Dagegen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Kommunisten in Cleve. In ihrer Bedrängnis mußten die Polizisten von der Schutzwaffe Gebrauch machen, wozu die Kommunisten ausnahmslos bereit waren. Es konnte nicht festgestellt werden, ob Demonstrationen verlegt worden sind.

Forschungsinstitut für Erziehungs- und Wissenschaften in Braunschweig

Das Forschungsinstitut für Erziehungswissenschaften in Braunschweig wurde am Sonntag im Beisein des Reichsinnenministers Severing eröffnet. Es wurde im Sommer 1929 mit Genehmigung des Braunschweigischen Landtages vom Staatsministerium errichtet und mit den Rechten einer milden Stiftung ausgestattet. Der Deutsche Lehrerverein trat der Stiftung gleich nach ihrer Eröffnung als dauernder Förderer bei. Das Institut hat für alle größeren Länder der Erde Reperate eingerichtet. Es will die erziehungswissenschaftliche Forschung zu einer internationalen Angelegenheit machen.

Reichsminister Severing überbrachte die Glückwünsche der Reichsregierung. Zum Wiederaufbau gehören nicht nur Nationalisierung und Verbesserung der Maschinen, sondern insbesondere auch der besser ausgebildete Mensch. In der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Welt werden nicht das Land das reichte sein, das die besten Bodenschätze und die reichsten Wälder habe, sondern das Land, das über den besten und intelligentesten Arbeiterstand verfüge. Er vermöge deshalb nicht zu erkennen, daß die Errichtung eines solchen Instituts von einem Sparministerium getrieben werden könnte. Im weiteren Verlaufe seiner Ansprache berührte der Minister noch allgemeine wirtschaftliche Fragen und sagte u. a., wer Europa aufbauen wolle, müßte in der nächsten Zeit schon gründlich unteruchen, ob die Zollschranken beispielsweise in der Industrie der Produktion liegen, oder ob sie dazu angetan sind, die notwendige Gemeinschaftsarbeit der Europäer in der ganzen Welt zu verhindern.

Dezentralisierungspläne für Berlin

Der Gedanke einer einschneidenden Dezentralisierung der Berliner Verwaltung ist während der letzten Wochen in Besprechungen im preussischen Ministerium des Innern behandelt worden, wo ein Projekt vorgetragen wurde, das eine Verteilung in nur zwölf Bezirke vorsieht. Den neuen Bezirken soll nach Ansicht der Befürworter des Planes in Verwaltungsfragen eine weitaus größere Selbstständigkeit als bisher eingeräumt werden.

Während Bürgermeister Herz die Forderung der Sozialdemokratie vertrat, daß die Stadtverordnetenversammlung in allen städtischen Fragen die letzte Entscheidung haben soll, stellten sich die übrigen Bezirksbürgermeister mit Rücksicht gerade auf die jetzigen Vorgänge im Stadtparlament, auf den Standpunkt, daß der Magistrat nach wie vor als regelndes Element bei undurchführbaren Beschlüssen der Stadtverordneten wirksam bleiben müsse, wenn nicht eines Tages die Selbstverwaltung Großberlins ihr Ende finden soll.

Entscheidung im bayerischen Aufwertungsstreit

Die sozialdemokratische Fraktion hatte im Bayerischen Landtag eine Anfrage über den Entscheid hinsichtlich der Aufwertungsfrage des ehemaligen bayerischen Königshauses eingebracht. Der „Bayer. Kurier“ hört nun zuverlässig, daß das zwischen dem bayerischen Staat und dem ehemaligen Königshaus in der Aufwertungsfrage urteilende Schiedsgericht seine Entscheidung dahin gefällt habe, daß es nur einen Teilbetrag der vom ehemaligen Königshaus erhobenen Forderung als berechtigt anerkenne. Im übrigen habe das Schiedsgericht den rechtlichen und tatsächlichen Einwendungen von Seiten des bayerischen Finanzministeriums in seiner Entscheidung Rechnung getragen. Der anerkannte Teilbetrag befreit sich nach den Informationen des Blattes auf 100 000 M. Der Streit drehte sich um die 40 Millionen, die vom Staat als endgültige Kapitalabfindung gezahlt worden waren, nachdem vorher schon beträchtliche Summen zur Auszahlung an das ehemalige Königshaus gelangt waren.

Weinbaufragen im Reichstag

Die Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft hat gemeinsam mit der Wirtschaftspartei und der Deutschen Bauernpartei eine Interpellation eingebracht, die auf die weitere Verschärfung der Notlage des deutschen Weinbaues hinweist und eine große Anzahl von Maßnahmen dagegen vorschlägt. Die Zentrumsfraktion und deutschnationale Fraktion haben Anträge eingebracht, wonach der Zoll für Weintrauben zur Milderung auf 90 M für den Doppelzentner festgesetzt werden soll. Andere Anträge der Zentrumsfraktion verlangen u. a. verbilligte Kredite für die Weinergesellschaften und eine wirksame Neubelebung der Weinpropaganda.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen. Am Samstag ist die Frist für die Unterzeichnung des revidierten Genfer Abkommens zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der See im Felde vom 27. Juli 1929 und des das gleiche Datum tragenden neuen Abkommens über die Behandlung der Kriegsgefangenen abgelaufen. Beide Abkommen, die aus der im letzten Juli in Genf abgehaltenen Konferenz hervorgegangen sind, sind ausnahmslos von allen Vermächtigten der 47 Länder, die diese Konferenz besaßigt haben, unterzeichnet worden.

Unterstellung der Bauarbeiter unter die Krisenunterstützung abgelehnt. Die Bauarbeiter hatten eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gemacht, worin sie eine Unterstellung unter die Krisenunterstützung forderten. Es wurde zwar anerkannt, daß die augenblickliche Arbeitslosigkeit im Baugewerbe nur zum Teil saisonbedingt ist. Der Arbeitsminister sah sich aber außerstande, der Forderung zu entsprechen, da ihm die notwendigen Mittel nicht zur Verfügung stehen.

Finanzreform und Landgemeinden

Der Hauptvorstand des Deutschen Landgemeindetages trat unter seinem ersten Vorsitzenden Bürgermeister Lange, in Berlin zusammen und wählte einstimmig zum zweiten Vorsitzenden den Bürgermeister Detsch, Münstermaifeld.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Debatte über die Finanzreform. Hierzu gab der Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Dr. Gercke-Pressel, einen ausführlichen Überblick über die bekannten Pläne des Reichskabinetts zur Finanzreform. Die verlangte Steuererleichterung dürfe nicht auf Kosten der Landgemeinden erfolgen, da diese ja auf der Ausgabeite ihres Etats jetzt schon über 90 Proz. zwangsläufige Ausgaben hätten. Praktisch könne heute überhaupt nur noch mit Zuschüssen der geplanten Steuererleichterung gerechnet werden. Könnte man den Mut aufbringen, die allgemeine Umsatzsteuer von 1/4 auf 1/5 zu erhöhen, unter gleichzeitiger Beseitigung aller noch bestehenden Umsatzsteuerprivilegien, dann würde eine sehr erhebliche und sichere Mehreinnahme sich ergeben. Die 1928 vorgenommene Senkung der Umsatzsteuer von 1 auf 1/2 Prozent, habe weder dem Verbraucher noch dem Erzeuger eine irgendwie fühlbare wirtschaftliche Erleichterung gebracht. Ebenso könnte ohne starke wirtschaftliche Gefahr das Aufkommen aus der Kraftfahrsteuer durch eine Umgestaltung nach Maßgabe der tatsächlich gefahrenen Kilometerzahl oder des verbrauchten Brennstoffes ganz erhebliche Mehreinnahmen bringen, die zur Entlastung der Wegebaupflichtigen verwendet werden müßten.

Kurze Nachrichten

Kein Abbruch der Dirschauer Bahnbrücke. Gegenüber den Nachrichten, daß Polen den Abbruch auch der Dirschauer Bahnbrücke plane, wird mitgeteilt, daß den deutschen Stellen von einem solchen Plan nichts bekannt ist. Es ist auch kaum anzunehmen, daß er besteht, da die Brücke den Hauptdurchgangsweg von Polen nach dem Westen bildet.

Beschlagnahme eines SPD-Plakats in Thüringen. Nach der Bildung der neuen thüringischen Regierung veröffentlichte die sozialdemokratische Presse Thüringens einen Aufruf, der sich u. a. gegen den neuen Innenminister, den Nationalsozialisten Dr. Fried, richtete. Dieser Aufruf sollte nunmehr auch in Form von Plakaten in ganz Thüringen Verbreitung finden. Das thüringische Innenministerium wies die Polizeibehörden an, das Plakat zu beschlagnehmen.

Remarque in der Schule. Nach einer Meldung aus Arnstadt in Thüringen sollen dort gegen einen Berufsschullehrer Erhebungen eingeleitet worden sein, weil er im Unterricht Remarques über „Im Westen nichts Neues“ verwendet habe.

Ullis-Prozess am 20. Februar. Der Prozess gegen den Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes, Ullis, wird in zweiter Instanz vor dem Appellationsgericht in Kattowitz am 20. Februar beginnen.

Französischer Ministerbesuch in Elsaß-Lothringen. Das „Journal d'Alsace“ kündigt für das Frühjahr drei Ministerreisen nach Elsaß-Lothringen an. Zuerst wird von Mitte Februar an der Unterstaatssekretär Marcel Herand eine etwa dreiwöchige Studienreise durch Elsaß-Lothringen machen und sich dabei in jedem Kreise etwa einen Tag aufhalten. Mit ihm reist der Unterstaatssekretär des Ackerbauministeriums, der in Metz gewählt ist. Sodann wird der Pensionsminister Gallez am 2. März einer Tagung der nationalen Kriegerevereine präsidieren, die in Metz stattfindet. Schließlich wird für Pfingstmontag der Kriegsminister Maginot in Metz erwartet.

Macdonald — Nobelpreisträger? Die Führer der schwedischen Sozialistenpartei haben den englischen Premierminister Macdonald als Kandidaten für den Nobelfriedenspreis vorgeschlagen.

Am kommenden englischen Luftfahrttag werden bedeutende Abstriche vorgenommen werden.

Enttöpfung einer Prinzip-Plakette in Serajewo. Wie aus Serajewo gemeldet wird, wurde dort am Sonntag die an einem Privathause angebrachte Plakette zur Erinnerung an Gavriilo Princip und die übrigen Teilnehmer des Attentats von Serajewo enttöt. Vorher hatte eine Prinzip-Gedächtnisfeier stattgefunden. An der Veranstaltung nahmen Angehörige der Familie und ehemalige Freunde Principis teil, dagegen, wie offiziös erklärt wird, keine Vertreter von Behörden oder Verbänden.

Estland verbietet alle russischen Zeitungen. Seit dem 1. Januar ist der Verkauf sowjetrussischer Zeitungen in ganz Estland untersagt. Auch die Redaktionen dürfen keine solchen Zeitungen mehr beziehen.

Urteil im Clearinghouse-Prozess. Die beiden der Untreue angeklagten ehemaligen Beamten des Clearinghouses für Feinbesatz in London, Scott und Marsden, wurden nach achtjähriger Dauer des Prozesses wegen Annahme von Bestechungsgeldern zu 18 bzw. 12 Monaten Gefängnis verurteilt.

Badischer Teil

Schuljahrbeginn und Ferienordnung

Eine Eingabe des Badischen Lehrervereins

Die in der norddeutschen Presse in letzter Zeit immer wieder behandelten Fragen des Schuljahresbeginns und der Ferienordnung werden nun für Baden auch aufgeworfen. Auf Grund eines Fragebogens des Reichsministeriums des Innern nehmen nun die höheren Schulen, die Fachschulen und Betriebschulen Stellung. In einer Eingabe an das Unterrichtsministerium hat der Badische Lehrerverein laui „Badischer Schulzeitung“ für die Volksschule folgende Richtlinien aufgestellt: 1. Der Schuljahresbeginn ist für alle öffentlichen Schulen einheitlich zu regeln. Die vierjährige Grundschuldauer ist dabei u. a. Umständen zu sichern. 2. An Ostern als dem günstigsten Zeitpunkt des Schuljahresbeginns ist festzuhalten. 3. Seitens der badischen Unterrichtsverwaltung sind alle Bestrebungen, Ostern auf einen für jedes Jahr gleichbleibenden Zeitpunkt festzusetzen, tatkräftig zu unterstützen.

Ferienordnung: 1. Unter den Ländern ist eine Vereinbarung zu treffen, die die Zahl der Ferientage für alle öffentlichen Schulen des Reiches auf mindestens 12 Wochen einheitlich festsetzt. 2. Die Verteilung der Ferien dagegen ist Sache der Länder. 3. Mit Ausnahme der Landesschulen liegen die Ferienabschnitte für alle Schulen eines Landes zur gleichen Zeit. Im einzelnen gilt dabei folgendes: a) Während der Sommermonate ist eine Ferienzeit von 6 Wochen Dauer einzulegen; b) auch für Landchulen ist eine Ferienzeit von mindestens 4 Wochen Dauer festzusetzen. Diese muß mit den Sommerferien der übrigen Schulen des Landes zusammenfallen; c) die restlichen 6 Wochen Ferien verteilen sich auf die Osterpause (zwischen Schluß des alten und Beginn des neuen Schuljahres) mit 3 Wochen, auf Pfingsten mit 1 Woche und auf die Weihnachtzeit mit 2 Wochen. 4. Auch an Volksschulen ist die ungeteilte Unterrichtszeit in weitem Umfang zugulassen.

Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Der Landesverband Baden des Volksbunds deutscher Kriegsgräberfürsorge hielt am Sonntag unter Leitung seines Vorsitzenden, Ministerialdirektor Buchs, im Bürgeraal des Rathauses auf Karlsruhe seine gut besuchte Jahrestagung ab. Die Ministerien des Inneren und des Kultus hatten Vertreter entsandt, ebenso die staatlichen und kirchlichen Behörden, der badische Kriegesbund und andere Organisationen. Auch Bundespräsident Reichsminister a. D. Dr. G. H. Müller, war anwesend.

Der Landesverband zählt 6000 Mitglieder (Zunahme 700), darunter 900 badische Gemeinden. Die Zahl der Ortsgruppen beträgt 36, davon 24 in den Amtsstädten. Die für die drei Ratenfriedhöfe angeordnete Summe von 24 000 M soll in diesem Jahre restlos Verwendung finden. Sennheim ist neupflanzt worden. Der Volksrauertag wird auch dieses Jahr am Sonntag Reminiszere (16. März) in herkömmlicher Weise begangen. Katholiken und evangelischer Oberkirchenrat haben bereits gottesdienstliche Feiern und Glockengeläute zugesagt. In gleichem Sinne erhofft man den Bescheid des erzbischöflichen Ordinariats. Die öffentlichen Gebäude werden auf Anordnung des Staatsministeriums Halbmaße flaggen. Leider ist es noch nicht gelungen, den Volksrauertag reichsgesellschaft festzusetzen. Die Mitgliederwerbung will man in energischer Weise weiterbetreiben, und man hofft in Bälde, auch in weiteren Amtsstädten Ortsgruppen gründen zu können. In den Verhandlungen kam erneut zum Ausdruck, welche hohe, ideale Aufgaben sich der Volksbund als Ziel gesetzt hat. Ausgestaltung der Kriegsgräberfürsorge in einer dem deutschen Volksempfinden entsprechenden Art, die Begründung hat entschieden, man zieht den Nummernschuß vor. Die Kameradschaft der Leibgenadiere sprach die Bitte aus, der Bundesvorstand möge den Plan zur Ausschmückung des Ratenfriedhofes Lenz wohlwollend behandeln. Die Ortsgruppe Rorschach hat um Entgegenkommen bei Durchführung der großen und schönen, aber auch schwierigen Aufgabe der Instandhaltung ihres Ratenfriedhofes Wurtz bei Mülhausen. Die Ortsgruppe Freiburg hat den gleichen Wunsch bezüglich des Friedhofes Vorbruck im Elsaß geäußert.

Generalmajor a. D. Pohlmann übermittelte die Einladung des Freiburger Oberbürgermeisters, Dr. Bender, die Bundestagung 1931 in Freiburg abzuhalten. Bundespräsident Dr. G. H. Müller schickte die administrativen und künstlerischen Aufgaben bei Anlage der Friedhöfe. Ohne eine gewisse Zentralisation werde man nicht auskommen. Man befindet sich noch im Stadium der Übergangszeit. Im Jahre 1931 solle systematisch an praktische Arbeit herangegangen werden.

Mit dem Dank an alle Mitarbeiter für die gute Sache schloß der Vorsitzende die dreitägigen Verhandlungen.

Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz

Dem letzten Jahresbericht des Bad. Frauenvereins vom Roten Kreuz (Landesvereins), Karlsruhe, entnehmen wir folgende Ausführungen:

Die Zusammenarbeit des Vereins bzw. seiner Zweigvereine mit der amtlichen Wohlfahrtspflege wurde im Berichtsjahr weiter ausgebaut. Zur Förderung der Vereinsarbeit wurden 2 Kreisversammlungen abgehalten. Die Mütter des Badischen Frauenvereins erscheinen in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Die Volksbibliothek wurde wesentlich erweitert. In mehreren Vereinen wurden Wandertour über Gesundheitspflege im Haushalt abgehalten. Weiterhin betätigt sich der Verein in der Belehrung lediger werdender Mütter in der Landesfrauenklinik und der Hebammenkinderkassen dafelbst. Die Erholungsstätte für Mütter wurde auch in diesem Jahre in Einzelfällen durchgeführt. 163 Bänder, Näh-, Stid-, Wägel-, Koch-, Bad- und Einmachkurs fanden in den Zweigvereinen im Berichtsjahr statt. Der Landesverein zeichnete 75 Vereinsangestellte für 25-, 40- und 50jährige Dienste in einer Familie aus.

Aus der Tätigkeit der Zweigvereine sei besonders hervorgehoben die Mitarbeit im Ortsjugendrat und der örtlichen Beratungsstelle, dem Bezirksfürsorgeverbänden und Jugendämtern, bei der Pflegeinstandhaltung und Jugendgerichtshilfe, bei der Bekämpfung der Tuberkulose und Säuglingssterblichkeit. Eine umfangreiche Tätigkeit entfalten die Zweigvereine in der Fürsorge für Hilfsbedürftige aller Art (Kinder, Erwachsene und Kranke) durch Unterstützung mit Geld, Lebensmitteln, Kleidung, Wäsche, durch Stellung von Hauspflegerinnen, Gewährung von Heil- und Erholungskuren u. a. m.

In eigenen Anstalten besitzt der Verein die Kinderheilstätte Kinderkolonien in Bad Dürrenheim (331 Kinderbetten), das Kinderkolonien in Rheinfelden, die Wöchnerinnenheime in Mannheim und Baden-Baden, das Erholungsheim in Marzell, das Erziehungsheim für weibliche Fürsorgezöglinge in Scheibenhart, das Seminar zur Ausbildung von Hauswirtschaftslehrerinnen, 9 Hochschulen, 7 Haushaltungsschulen, 69 Frauenarbeits- und Nähschulen, darunter die Frauenarbeitschule in Karlsruhe und die Waisenhaus in Karlsruhe (erweiterte Fortbildung- und Haushaltungsschule). Dem Badischen Frauenverein sind angeschlossen 428 Zweigvereine. Die Zweigvereine unterhalten 8 Krippen, 108 Kindergärten, 203 Krankenpflegestationen.

Die Schwesternschaft des Badischen Frauenvereins besteht aus 26 Oberinnen, 888 aktiven Schwestern, 93 pensionierten Schwestern, 158 Schülerinnen sowie 60 Hilfschwestern, und einer großen Anzahl von Helferinnen. Die Schwestern verteilen sich auf 77 Pflegestationen (Krankenhäuser, Sanatorien, Gemeindepflegen, Fürsorgestellen u. a. m.). Die Zahl der gepflegten Kranken belief sich im Berichtsjahr auf 91 134. Die Schwesternschaft besitzt ein besonderes Altersheim in Karlsruhe und ein Erholungsheim in Kandern.

Umfrage über Notstandsarbeiten

Das badische Ministerium des Innern hat eine Kundfrage an die in Betracht kommenden Ämter erlassen, um festzustellen, welche größere Notstandsarbeiten bis Späthjahr geplant sind und welche Reichs- und Landesdarlehen als verstärkte Förderung von Notstandsarbeiten voraussichtlich angefordert werden.

Politische Schlägereien in Pforzheim

Di. Pforzheim, 3. Febr. Witten im Zentrum der Stadt kam es am Samstagabend 10 Uhr zu schweren Ausschreitungen. Vor dem Lokal der Nationalsozialisten, dem „Wälfzer Hof“ (Wälfzer Karl-Friedrich-Strasse), stießen an die 40 Kommunisten mit ebenfalls Nationalsozialisten zusammen und es entstand eine große Schlägerei, in deren Verlauf zahlreiche scharfe Schüsse fielen. Es gab auf beiden Seiten Verletzte. Ein hartes Polizeiaufgebot erstreckte sich auf dem Kampfplatz und zerstreute die Menge. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Untersuchung ist im Gange.

Sonntag nachmittag erfolgte ein zweiter schwerer Zusammenstoß in dem Nachbarort Dietlingen, diesmal zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Eine Wagenladung aus Pforzheim und Karlsruhe gekommen, um sich hier zu treffen. Ebenso machten Mitglieder der Ortsgruppe Pforzheim des Reichsbanners einen Ausflug nach Dietlingen. Es ent-

wickelte sich gleichfalls eine Schlägerei und Schießerei. Man stellte 15 Leichtverwundete fest, die, wie im ersten Fall, ins Pforzheimer Krankenhaus eingeliefert wurden. Der Führer des Reichsbanners soll einen Schuß ins Bein erhalten haben. Auch hier sind mehrere Verhaftungen erfolgt. Die Behörden sind mit der Aufklärung des Tatbestandes beschäftigt.

Aus der Landeshauptstadt

Ein Aufklärungsfilm. Das Glück unserer Zeit liegt heute mehr wie je in der Gesundheit des Leibes und der Seele. Nur gesunde Menschen derbürigen gesunde und glückliche Ehen. Bitter rächen sich Unverständnis und Sorglosigkeit derjenigen, die mit der Krankheit einer leichtsinnigen Stunde behaftet eine Ehe schließen. Die Gefahren, die hier lauern, all das namenlose Elend und Unglück, die durch sie über die Menschheit gebracht werden, veranschaulicht das Aufklärungsfilm „Claf“, das die Tragödie eines jungen Sportmannes behandelt und in der Zeit vom 17. bis 20. Februar in Vormittag-, Nachmittag- und Abendvorstellungen im Städtischen Konzerthaus Karlsruhe der reiferen Jugend und einem breiteren Publikum Gelegenheit zum Nachdenken bieten soll.

Das übliche Sonntagsbild. Über Sonntag fanden hier 8 Schlägereien statt, bei denen die Polizei in Anspruch genommen wurde. U. a. brach am Sonntag früh unter den Gassen der Bahnhofsvorstadt III. Klasse eine größere Mauer ein, so daß der Notruf herbeieilen mußte. Die Polizei räumte die Wirtshaft und säuberte die Bahnhofshalle. Ein junger Mann, der die Menge auf dem Bahnhofspfad (etwa 100 Personen) gegen die Polizei anzujubeln versuchte, gelangte zur Anzeige. In 24 Fällen mußte die Polizei gegen Personen bzw. Personengruppen wegen Ruhestörung oder groben Unfugs einschreiten.

Weiternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Die Gesamtweiterlage mit hohem Druck über Nordosteuropa ist in den letzten beiden Tagen unverändert geblieben. Die vom Ozean herangezogene atlantische Depression hat sich über West- und Mitteleuropa nahezu aufgefüllt und ist dabei in kleine Teilwirbel zerfallen. Eine neue Zykone ist jedoch bereits vor der irischen Westküste erschienen, die voraussichtlich in nächster Zeit einen erneuten Vorstoß von kontinentaler Kaltluft nach Mitteleuropa zur Folge haben wird, zunächst aber in unserem Gebiete Niederschläge bringen wird. Wetterausichten: Fortdauer der veränderlichen Witterung, zeitweise Niederschläge, mittlere und höhere Gebirgslagen, leichte Schneefälle, Temperaturen wenig verändert, bei mäßigen Winden aus wechselnder Richtung.

Gemeinderendeschau

Die Stadt. Sparkasse Schwetzingen

verzeichnet 1929 wieder einen Zuwachs von 821 754 M Spar-einlagen einschließlich der kapitalisierten Zinsen. Die Aufwertungsparaeinlagen betragen auf Ende 1929 2 484 418 M. An benötigte Sparere wurden 162 304 M ausbezahlt. Der Gesamtbestand der Spareinlagen betrug Ende 1929 6,626 Millionen Reichsmark. Der Giro-, Scheck- und Kontokorrentverkehr erfuhr in 1929 ebenfalls eine günstige Entwicklung. Die Guthaben der Kunden erfordern einen Zuwachs von 97 042 M und erhöhten sich damit auf 424 276 M, ebenso waren die Kredite in laufender Rechnung um 150 193 M auf 794 571 Reichsmark gestiegen. Der Umlauf in diesem Verkehr betrug 1929 18,401 Millionen gegenüber 16,875 Millionen im Jahre 1928. Die Kundenzahl stieg um 79 auf 541. Die Neubautätigkeit fand im verflochtenen Jahre rege Förderung. Fast der gesamte Neuzugang an Spareinlagen mit 588 754 M wurde in Form von Neubausparhypothekendarlehen ausgeliehen. Der Hypothekenbestand stieg dadurch um 496 089 M von 2 120 459 Reichsmark auf 2 616 528 M.

Bürgermeisterwahl. In Auerbach (Bezirk Buchen) wurde Bürgermeister Friedel einstimmig als Gemeindeoberhaupt wiedergewählt. Er steht heute im 71. Lebensjahre und gehörte auch schon als Abgeordneter dem Badischen Landtag an.

Böhlige Rehabilitation von Bürgermeister Kramer. In einer Meldung war dem verstorbenen Bürgermeister von Badheim (Donauemündung) der Vorwurf der Unterschlagung gemacht worden. In seiner letzten öffentlichen Sitzung hat sich der Bezirksrat Donauemündung mit dieser Angelegenheit befaßt und ausdrücklich festgestellt, daß der verstorbene Bürgermeister Kramer aus Versehen sich in keiner Weise irgendeiner dienlichbringenden Handlung, am allerwenigsten einer unehrenhaften Handlung, schuldig gemacht habe. Die Amtsführung Bürgermeisters Kramers sei stets lobrecht gewesen.

Postamtverkehr Mannheim-Schwetzingen. Da dem Gesuche der Stadt Mannheim um Genehmigung zum Betrieb einer privaten Kraftfabriklinie nicht entsprochen werden konnte, wird sich die Stadtverwaltung Mannheim nunmehr mit der Reichspost wegen Errichtung einer Postautolinie Mannheim-Schwetzingen ins Benehmen setzen.

Singen will einen Schlachtviehmarkt einrichten. Die Stadt Singen beabsichtigt mit Rücksicht auf ihre wachsende Bedeutung einen Schlachtviehmarkt zu errichten. Die Nachbargemeinden Badolzell, Singen und Stodach haben gegen diese Errichtung schwere Bedenken, weil sie davon eine Verminderung ihres Marktbetriebes befürchten. Die Stadt Singen weist darauf hin, daß ihr Fleischkonsum größer sei als der der genannten Städte zusammen. Zur Zeit werden wöchentlich geschlachtet: 35 Stück Großvieh, 50 Kälber und 110 Schweine. Auch beschlachtete Singen nur die Einfuhr eines Schlachtviehmarktes, während den drei genannten Orten die Schlachtviehmärkte ja erhalten blieben.



Kurze Nachrichten aus Baden

Di. Seidelberg, 1. Febr. Der Reformator des naturkundlichen Unterrichts, Prof. Dr. Otto Schmeil, einer unserer volkstümlichsten Gelehrten, feiert am 3. Februar seinen 70. Geburtstag.

Di. Seidelberg, 2. Febr. Oberbürgermeister Dr. Reinhaus hat dieser Tage in der Nähe von Ulm einen Autounfall erlitten, der jedoch glimpflich verlief. Dr. Reinhaus erlitt nur leichte Verletzungen, dagegen ist der Chauffeur noch nicht arbeitsfähig.

Di. Freiburg i. Br., 2. Febr. Im Freiburger Münster fand Sonntagnachmittag die Weihe der neuen großen Münsterorgel durch Erzbischof Dr. Carl Frits statt. Dompfarrer Dr. Brettle schickte die Schwierigkeiten der Orgelbeschaffung und ihrer Placierung, die bekanntlich im Mittelschiff an der

Nordseite erfolgte. Er dankte vor allem der Stadt Freiburg, die aus Anlaß der Jahrhundertfeier der Erzbischofsee einen Beitrag von 50 000 M zum Orgelfonds gestiftet hatte. — Darauf nahm Erzbischof Dr. Carl Frits die kirchliche Weihe vor. Im Anschluß an die durch eine festliche Liturgie ausgestattete Feier fand eine kirchenmusikalische Andacht statt, in der das Orgelwerk von den beiden Münsterorganisten Studierat und erzbischöflicher Musikdirektor Holzmann und Domorganist Weigel, sowie durch den Direktor der Badischen Hochschule für Musik in Karlsruhe, Franz Philipp, vorgeführt wurde, die die neue Orgel mit ihren wunderbaren Klängen beachtenswert meisterten.

Di. Ebingen, 3. Febr. Heute begeht Altbürgermeister Ding von hier in seltener geistiger und körperlicher Frische seinen 75. Geburtstag. Der Jubilar ist weitesten Kreisen der Landwirtschaft Badens bekannt. Fast 40 Jahre ist er in großen landwirtschaftlichen Organisationen des Kreises Mannheimer unermüdet tätig und hat sich besondere Verdienste um die Gebung der Obstkultur erworben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	3. Februar		1. Februar	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	167.84	168.18	167.76	168.10
Kopenhagen 100 Kr.	111.85	112.07	111.84	112.07
Italien . . . 100 L.	21.875	21.915	21.875	21.206
London . . . 1 Pf.	20.345	20.385	20.337	20.385
New York . . . 1 D.	4.1820	4.1900	4.1815	4.1895
Paris . . . 100 Fr.	16.41	16.45	16.41	16.45
Schweiz . . . 100 Fr.	80.705	80.865	80.645	80.865
Wien 100 Schilling	58.87	58.99	58.86	58.96
Prag . . . 100 Kr.	12.372	12.392	12.377	12.393

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Januar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 700,7 Millionen Reichsmark auf 4 653,2 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 27 Mill. Reichsmark auf 372,9 Mill. Reichsmark erhöht. Die Bestände an Gold und dedungsfähigen Devisen zusammen haben sich um 7,8 Mill. Reichsmark auf 2894,1 Mill. Reichsmark erhöht. Die Dedung der Noten durch Gold allein betrug 49,4 Proz. gegen 57,8 Proz. in der Vorwoche, diejenige durch Gold und dedungsfähige Devisen 57,9 Proz. gegen 68,6 Proz.

Die Walzfabrik Brauch & Guttenberger in Schwetzingen hat vor einigen Tagen ihre Zahlungen eingestellt. In der Gläubigerversammlung wurde ein außergerichtlicher Vergleich erzielt. Die Gläubiger akzeptierten eine Quote von 40 Proz.

Die Schwierigkeiten bei der Spar- und Darlehenskasse Bodman. Zur außerordentlichen Generalversammlung der Spar- und Darlehenskasse Bodman wird der „Freib. Jth.“ geschrieben: Der Fehlbetrag, der bisher noch nicht genau zahlenmäßig bekannt war, wurde mit 222 000 M genannt, was einen Sturm der Empörung hervorrief, insbesondere gegen die Hauptschuldigen, den früheren Direktor Weber, Bruder des Gärtnereibesizers in Baden-Baden, und Kassierer Hermann, die ihre Befugnisse in unerhörtem Maße überschritten, insbesondere im Falle Weber, Baden-Baden, dem anstatt 6000 Reichsmark Höchstcredit, die in einer früheren Generalversammlung beschlossen wurden, 90 000 M zugewiesen wurden. Gegenüber dem Vorschlag zur Sanierung der Kasse die Geschäftsanteile von 50 M auf 400 M pro Mitglied zu erhöhen, wurde eine starke Ablehnung beobachtet. Es wurde beschlossen, die Bücher nochmals von einer Kommission überprüfen zu lassen, die aus je einem Genossenschaftler der beteiligten Gemeinden, dem Revisor Werfel (Badolzell) und Bankdirektor Koll (Stodach) besteht. Direktor Weber hat sein Amt niedergelegt. Seine Geschäfte führt vorläufig der zweite Vorstand.

Überführung deutscher Industrie nach der Tschechoslowakei. Wie feinerzeit berichtet, ist der im Juli 1929 erfolgte Liquidation der Süddeutschen Fahrzeug G. m. b. H., nun auch die Einstellung des Betriebes der Süddeutschen Fahrzeugfabrik G. m. b. H. in Singen erfolgt in der Weise, daß die Firma ihren Sitz nach der Tschechoslowakei verlegte und den Betrieb in Wallern (Egerland) weiterführt. Wegen der Einfuhr der Maschinen und der Gründung der neuen Firma unter tschechischer Flagge hat sich die dortige Regierung entgegenkommend gezeigt. Eine Fahrzeugfabrik existiert bisher in der Tschechoslowakei nicht. Den deutschen Fabriken erwächst nun — wie aus Singen berichtet wird — insofern ein großer Nachteil, als zur Stärkung des neuen Unternehmens in Wallern, wozu verschiedene Spezialarbeiter von Singen übernommen wurden, die Prager Regierung einen sehr hohen Einfuhrzoll auf ausländische Fabrikate eingeführt hat, der einem völligen Einfuhrverbot gleichkommt. Wir haben also nicht nur den Verlust einer Industrie in Singen, bei welcher 60—70 Arbeiter ihr Brot verdienen zu bekümmern, sondern auch die Schaffung einer empfindlichen Konkurrenz im Ausland.

Verkaufsverbände der internationalen Rohstoffgemeinschaft. In den am 30./31. Januar und 1. Februar in Paris zwischen den Ländern Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg geführten Verhandlungen wurde über die Gründung von Verkaufsverbänden für die Fabrikate Halbzeug, Formeisen, Stabeisen, Grobbleche, und Bandstahl eine Einigung erzielt. Die Verbände gelten vorläufig für sechs Monate und nehmen ihre Tätigkeit am 1. Februar auf. Der Verkauf verbleibt vorläufig bei den Werken bzw. bei den nationalen Verbänden. Mit Rücksicht auf die ungenügenden Ausführpreise wurde beschlossen, eine Sitzung am 13. Februar in Brüssel abzuhalten zwecks Neuverhandlung der Preise.

Die „Große Kindheit“ im Jahre 1930. Nun kommt auch „Sie“ wieder, die bewährte große Wohlfahrtslotterie, die allenhalben durch ihre noch nie verkündete nur monatliche Spielzeit, durch ihren jeweilig vollkommenen Ausverkauf und ihre schönen Gewinne bekannt ist. Sie wurde als Sammel-lotterie verschiedener kleinerer Lotterien aufgebaut und wird alljährlich zugunsten des kath. Kinder- und Jugendhilfsvereines gespielt. So konnten im vergangenen Jahre neben 40 Klein-finderanstalten eine ganze Reihe örtlicher und allgemeiner karitativer Bedürfnisse und Veranstaltungen mit beträchtlichen Mitteln bedacht werden. Aber mehr als je werden die karitativen Einrichtungen angesichts der vielfachen Not im Volke beanprucht, mehr denn je ist deren Ausbau notwendig. Der Gewinnplan bringt in diesem Jahre insgesamt 21 700 Gewinne im Gesamtwerte von 78 000 M. Das Los kostet nie immer nur 50 Pf. und bietet bei einigermaßen Glück recht gute Gewinnmöglichkeiten. 6000 M bares Geld werden als 1. Hauptgewinn zur Auszahlung gebracht, aber auch die übrigen 7 Hauptgewinne und die vielen tausende mittlerer und kleiner Gewinne werden sicherlich überall Freude bereiten. Die 50-Pf.-Lose sind in allen Losgeschäften zu haben, ebenso auch durch die Lotteriegeschäftsstelle Karlsruhe, Stephaniestr. 92, am Kaiserplatz, Fernruf Karlsruhe 8722.

Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte

DEUTSCHE BANK UND DISCONTO-GESELLSCHAFT Filiale Karlsruhe

Aktienkapital und Reserve 445 Millionen Reichsmark

Zentralhandelsregister für Baden.

Baden-Baden. A.42
Handelsregister: A.42
A. Bd. II O.-Z. 584
— Firma **Berthold Herr**
in Baden —: Die Firma
ist erloschen. 9. 1. 1930.
Bd. I O.-Z. 196 — Firma
Reisebüro Geier, Gau-
sen, vorm. F. W. Schmid-
Rauth in Baden-Baden —:
Die Firma ist erloschen. 13.
1. 1930.
Baden, 18. 1. 1930.
Geschäftsstelle des Bad.
Amtsgerichts I.

Freiburg, Breisg. A.45
Handelsregister: A.45
A. Bd. IX O.-Z. 247 bei
Firma **Josef Blum, Export**
in Freiburg: Frau **Silba**
Blum geb. Brud in Frei-
burg hat Prokura. Am 20.
1. 1930.
B. Bd. II O.-Z. 50 bei
Badische Kraftlieferungs-
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung mit dem Sitz
in Freiburg: Ingenieur
Wilhelm Heizmann und
Kaufmann Friedrich Inself
in Freiburg haben Proku-
ra in der Weise, daß sie
berechtigt sind, gemein-
schaftlich oder jeder von
ihnen in Gemeinschaft mit
einem Geschäftsführer die
Firma zu zeichnen. Am 15.
1. 1930.
Die Firma **Willy Venne-**
sch, Nachf., Gesellschaft
mit beschränkter Haftung
hat durch Gesellschafterbeschl. vom 2. Dezember 1929 das
Grundkapital um 30 000
Reichsmark erhöht, es be-
trägt jetzt 50 000 M. Der
Gesellschaftsvertrag ist in
§ 4 entsprechend geändert.
Die Erhöhung von 30 000
Reichsmark ist von der Fir-
ma **M. Marum G. m. b. H.**
in Mannheim übernommen,
diese bringt den Teil-
betrag ihrer Forderung aus
Warenlieferung an die
Firma **Willy Vennech Nachf.**
G. m. b. H. in Freiburg in
Höhe von 30 000 M. ein,
wodurch die Einlage geleis-
tet ist. Kaufmann **Wil-**
helm Kint in Freiburg ist
als weiterer Geschäftsführer
bestellt. Am 17. 1. 30.

Mannheim. A.4
Handelsregister: A.4
a) vom 23. Dez. 1929:
Neo-Reg-Spielkarten-
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Mannheim:
Alfred Revi ist nicht mehr
Geschäftsführer.
F. Grobe, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung,
Mannheim: Rudolf Oh-
mann ist nicht mehr Ge-
schäftsführer. Kaufmann
Heinr. Wintrop in Mann-
heim ist zum Geschäfts-
führer bestellt.
Albra, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung, Ver-
triebsgesellschaft für Spe-
zialfabrikate der Mann-
heimer Gummi-, Guttaper-
cha- und Asphalt-Fabrik,
Aktiengesellschaft, Mann-
heim: Emil Braunfeld ist
nicht mehr Geschäfts-
führer.
Ganz & Joseph, Mann-
heim: Die Prokura des
Emil Wegner ist erloschen.
Die Firma ist erloschen.
Karl Olmütz, Mann-
heim: Die Firma ist erlo-
schen.
b) vom 30. Dez. 1929:
Neo-Reg-Spielkarten-
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Mannheim:
Gans Engelhorn, Mann-
heim, ist zum Geschäfts-
führer bestellt.
Johann Ehemann, Sen-
ger & Fraeulin, Gesell-
schaft mit beschränkter Haf-
tung, Mannheim: Der Gesell-
schaftsvertrag ist am 19.
10. u. 23. Dezember 1929
festgestellt. Gegenstand des
Unternehmens ist: der
Buch- u. Zeitschriftenver-
trieb und besonders die

Übernahme und die Fort-
führung der bisher von
den Firmen **Senger &**
Fraeulin G. m. b. H. zu
Freiburg u. **Johann Ehem-**
ann in Mannheim be-
triebenen Buch- und Zei-
tschriftenvertriebe. Die Ge-
sellschaft ist berechtigt, wei-
tere, gleichartige oder ver-
wandte Unternehmungen
an anderen Orten neu zu
errichten oder bestehende
zu erwerben oder sich an
solchen zu beteiligen, sowie
sämtliche einschlägigen Ge-
schäfte zu betreiben, die
geeignet sind, die Unter-
nehmungen d. Gesellschaft
zu fördern. Das Stamm-
kapital beträgt 20 000 M.
Willi Ronneburg, Kauf-
mann, Mannheim, Josef
Fraeulin, Kaufmann, Frei-
burg i. B., Adolf Senger,
Kaufmann, Mannheim,
sind Geschäftsführer. Dem
Dr. Josef Trebs, Mann-
heim, ist Prokura so er-
teilt, daß er gemeinschaft-
lich mit einem Geschäfts-
führer oder einem Proku-
risten zeichnungsberechtig
ist. Jeder Gesellschafter ist
berechtigt, das Gesell-
schaftsverhältnis mit Frist
von 3 Monaten auf
Schluß eines Geschäftsjah-
res zu kündigen. Wenn
mehrere Geschäftsführer
bestellt sind, so wird die
Gesellschaft durch zwei Ge-
schäftsführer oder durch
einen Geschäftsführer in
Gemeinschaft mit einem
Prokuristen vertreten. Von
den Geschäftsführern **Willi**
Ronneburg, Josef Fraeulin
und **Adolf Senger** ist
jeder berechtigt, die Gesell-
schaft selbständig zu ver-
treten, auch wenn mehrere
Geschäftsführer bestellt
sind. Als nicht eingetragen
sind veröffentlicht: Die
Gesellschafter **Kaufmann**
Josef Fraeulin in Frei-
burg i. B. und **Kaufmann**
Adolf Senger daselbst bring-
en den bisher von der
Firma **Senger & Fraeulin**
G. m. b. H. in Frei-
burg i. B. betriebenen
Buch- und Zeitschriften-
vertrieb nach dem Stande
vom 31. Dezember 1929 in
die Gesellschaft ein. Die
Gesellschaft übernimmt die-
se Sacheinlage um den
Geldwert von 11 200 M.
Die Stammeinlagen der
beiden genannten Gesell-
schafter mit je 5600 M.
sind damit geleistet. Die
Gesellschafterin **Kaufmann**
Willi Ronneburg Ehefrau
Frieda geb. Ehemann in
Mannheim bringt das von
ihr unter der Firma **Joh-**
ann Ehemann in Mann-
heim betriebene Geschäft
mit dem Recht der Fort-
führung der seitherigen
Firma nach dem Stande
vom 31. Dezember 1929 in
die Gesellschaft ein. Die
Gesellschaft übernimmt
diese Sacheinlage um den
Geldwert von 8800 M.
Die Stammeinlage dieser
Gesellschafterin in Höhe
von 8800 M. ist damit ge-
leistet. Bekanntmachungen
der Gesellschaft werden nur
im Deutschen Reichsanzei-
ger veröffentlicht. Ge-
schäftsstelle: Hebelstraße 3.
„Sitos“, Ein- und Aus-
fuhr-Gesellschaft mit beschr.
Haftung, Zweigniederlassung
Mannheim in Mann-
heim, als Zweigniederlassung
der Firma „Sitos“, Ein-
und Ausfuhr-Gesellschaft
mit beschränkter Haf-
tung in Hamburg: Der
Gesellschaftsvertrag ist am
11. Januar 1923 festge-
stellt, und am 10. Oktober
1924, 2. Januar 1925, 30.
November 1927 und 10.
Dezember 1929 abgeän-

dert. Gegenstand des Un-
ternehmens ist der Ab-
schluß von Handelsgeschäf-
ten aller Art, entweder
für eigene Rechnung oder
kommissionsweise, insbe-
sondere in Getreide, Fut-
termitteln und Saaten.
Zunächst soll die Gesell-
schaft in erster Linie Ge-
schäfte in den vorstehend
angeführten Artikeln mit
der Firma **Louis Dreufus**
& Cie., Paris, bzw. kom-
missionsweise für dieselbe
abgeschlossen, wobei ihr aber
auch der Abschluß ander-
weitiger Geschäfte frei-
steht. Das Stammkapital
beträgt 750 000 M. **Ja-**
ques Meyer, Kaufmann,
Hamburg, ist Geschäfts-
führer. Gesamtprokura ist
erteilt an Adolf Euggen-
heim u. Alfons Vornholdt,
beide in Hamburg. Dem
Adolf Kudi in Hamburg
ist Einzelprokura erteilt.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so ist jeder
von ihnen allein zur Ver-
tretung der Gesellschaft be-
fugt. Als nicht eingetragen
sind veröffentlicht: Die
Bekanntmachungen der
Gesellschaft erfolgen nur
durch den Deutschen Reichs-
anzeiger. Geschäftstotal:
D. 5. 7.

H. Höfel's Vereinigte
Harburger Eisfabriken, Ak-
tiengesellschaft, Verkaufs-
büro Mannheim in Mann-
heim, Zweigniederlassung
der **H. Höfel's, Vereinigte**
Harburger Eisfabriken, Ak-
tiengesellschaft, Harburg a.
Elbe: Der Umtausch der
Aktien gemäß der Durch-
führungsverordnung zur
Goldbilanzverordnung ist
durchgeführt. Der Auf-
sichtsrat hat auf Grund
der Ermächtigung durch
die Generalversammlung
vom 9. April 1927 den § 8
Absatz 1 des Gesellschafts-
vertrags neu gefaßt. Als
nicht eingetragen wird ver-
öffentlicht: Das Grundkapital
ist jetzt in 13 450 Ak-
tien zu je 1000 M., 9995
Aktien zu je 20 M. und
1187 Aktien zu je 300 M.,
familiäre auf den Inhaber
lautend, eingeteilt.

Süddeutsche Zucker-Ak-
tiengesellschaft, Mannheim:
Der Umtausch der Aktien
über 40 M. ist durchge-
führt. Der Aufsichtsrat hat
auf Grund der Ermächti-
gung durch die General-
versammlung vom 4. Jan-
uar 1929 mit Beschluß
vom 6. Dezember 1929 den
§ 5 Absatz 1 des Gesell-
schaftsvertrags entspre-
chend dem Aktienumtausch
neu gefaßt. Als nicht ein-
getragen wird veröffentlicht:
Das Grundkapital ist
jetzt eingeteilt in 21 800
Aktien zu 1000 M., 78 000
zu 100 M. und 4000 Vor-
zugsaktien zu 100 M.

Deutsche Kunststoffe-
Aktiengesellschaft, Mann-
heim: Die Erhöhung des
Grundkapitals gemäß dem
Generalversammlungsbe-
schluß vom 30. Aug. 1929
ist durchgeführt a) um
600 000 M. und b) um
400 000 M. Das Grund-
kapital beträgt jetzt 2800 000
Reichsmark. Als nicht ein-
getragen wird veröffentlicht:
Von den neuen Ak-
tien werden 600 Stück zu
je 1000 M. gegen 1200 Ak-
tien zu 1000 M. der über-
nommenen **F. Eyberg,**
Aktiengesellschaft in Köln-
Mülheim, ausgetauscht u.
400 Stück zu je 1000 M.
zum Kurse von 115 Proz.
ausgegeben.

G. Fejer, Gesellschaft
mit beschränkter Haf-
tung, Baden: **Ferdinand**
Singer in Badenburg a. N.
ist zum weiteren Geschäfts-
führer bestellt.

„Idea“ Kartei, Gesell-
schaft mit beschränkter
Haftung & Co., Mann-
heim: Die Firma ist er-
loschen.
August Weiland, Metall-
gießerei, Mannheim-Neu-
larau: Die Firma ist ge-
ändert in: Aug. Weiland,
Metallgießerei, Mann-
heim-Neu-larau. Dem In-
genieur August Weiland
jr., Mannheim, ist Pro-
kura erteilt.

Wiesfelder Wäfigehaus
Felix Fejer, Mannheim:
Die Firma ist geändert in:
Felix Fejer. Der Wohnort
des Firmeninhabers ist
nach Mannheim verlegt.
Fejer & Geiger, Mann-
heim: Die Gesellschaft ist
aufgelöst. Das Geschäft ist
mit Aktien und Passiven
und samt der Firma auf
Kaufmann Julius Geiger
in Mannheim übergegan-
gen, der es als alleiniger
Inhaber unter der bisher-
igen Firma weiterführt.
H. Fürst, Mannheim:
Das Geschäft ist mit Ak-
tien und Passiven und
samt der Firma von **Ro-**
stine Fürst geb. Seiber
auf Kaufmann Josef Geulich,
Mannheim, übergegangen,
der es als alleiniger In-
haber unter der bisherigen
Firma weiterführt.
c) vom 31. Dezember 1929:
Heinrich Lang, Aktien-
gesellschaft, Mannheim:
Die Prokura des **Adam**
Fuhr ist erloschen.
Roland Kupper & Co.,
Gesellschaft mit beschränk-
ter Haftung, Mannheim:
Die Prokuren von **August**
Kohmann und **Wilhelm**
Kellenberg sind erloschen.
Joseph Stenz ist nicht
mehr Geschäftsführer. **Aug-**
ust Kohmann, Mann-
heim, u. Wilhelm Kellen-
berg, Mannheim, sind zu
Geschäftsführern bestellt.
Badischer General-An-
zeiger, Mannheim: Loge-
blatt, Gengenbach & Hahn,
Druckerei und Verlag, Ak-
tiengesellschaft, Mannheim:
Die Prokura des **Ludwig**
Leuchsenring ist erloschen.
Grün & Biffinger, Ak-
tiengesellschaft, Mannheim:
Die Prokura des **Josef**
Koder ist erloschen. **Regie-**
redakteurmeister Josef Koder,
Berlin, ist zum stell-
vertretenden Vorstands-
mitglied bestellt.

G. Ferrand Père & Fils,
Mannheim: Zweignieder-
lassung der Firma G. Fer-
rand Père & Fils in Cognac
(Frankreich). Die offe-
ne Handelsgesellschaft hat
am 1. Juli 1929 begonnen.
Jean Bouillier und Ro-
bert Delaurière, beide in
Cognac (Frankreich), sind
Inhaber.
Rheinische Gummi- und
Cellulose-Fabrik, Mann-
heim: Durch Beschluß der
Generalversammlung vom
18. Dezember 1929 ist der
Gesellschaftsvertrag in § 21
Absatz 1 (Aufsichtsrat) ge-
ändert.
Wilhelm Wiedmann,
Mannheim: Die Firma ist
erloschen.
August Köfner, Mann-
heim: Die Prokura des
Georg Köfner ist erlo-
schen. **Architekt Gg. Köf-**
ner in Mannheim ist als
persönlich haftender Ge-
sellschafter in das Ge-
schäft eingetreten. Die of-
fene Handelsgesellschaft
hat am 21. Dezember 1929
begonnen. Die Firma ist
geändert in: **August Köf-**
ner & Sohn.
Bad. Amtsgericht, F.-G. 4,
Mannheim.

Offenburg. A.107
Handelsregister: A.107
A. Bd. I O.-Z. 72
Seite 466 zu Firma **Bö-**
ringer & Reuß, Gesellschaft
mit beschränkter Haf-
tung in Offenburg: **Frank**
A. Doner, Dr. Theo-
dor Frank, Dr. Eduard
Kosler, Gustav Schlieper
und **Dr. Georg Solmssen.**
Stellvertretende Vorstands-
mitglieder sind: **Die Bank-**
direktoren Dr. Peter
Brunschwig, Berlin-Steglitz,
Johannes Niehl, Berlin-
Schöneberg, Dr. Otto Ab-
hagen, Berlin-Lichterfelde,
Dr. Jakob Berne, Otto
Sperber, Berlin-Lichter-
felde, Dr. Kurt Weigelt,
Fritz Wintermantel, Fritz
Brud, Karl Burghardt,
Fritz Heinrichsdorff, Dr.
Ernst Mandel, Oswald
Köster, Dr. Carl Ernst
Sippel, alle in Berlin. Ak-
tiengesellschaft. Der Ge-
sellschaftsvertrag ist am
25. Februar 1870 festge-
stellt, mehrmals geändert
und zuletzt am 29. Okto-
ber 1929 völlig neu gefaßt.
Die Vertretung der Gesell-
schaft erfolgt durch 2 Vor-
standsmitglieder oder eines
Vorstandsmitglieds und
eines Prokuristen. Stell-
vertreter von Vorstands-
mitgliedern stehen hinsicht-
lich der Vertretungsbefug-
nis ordentlichen Vorstands-
mitgliedern gleich. Die Ver-
stellung von Prokuristen
ist auch derart zulässig,
daß ein Prokurist gemein-
sam mit einem andern
rechtsverbindlich zeichnen
kann. Zu Prokuristen un-
ter Beschränkung auf den
Betrieb der Zweigstelle
hier sind je bestellt, daß
jeder derselben befugt ist,

in Gemeinschaft mit einem
Vorstandsmitglied oder
stellvert. Vorstandsmit-
glied der Gesellschaft die
Firma der Zweignieder-
lassung zu vertreten. Der
Bankbeamte **Magnus**
Maier in Furthwangen und
Bankdirektor Max Böhringer
in Triberg, als nicht
eingetragen wird veröf-
fentlicht: Das Grundkapital
ist eingeteilt in 168 000
Aktien zu je 1000 M. u.
in 1 190 000 Aktien zu je
100 M. Die Aktien lau-
ten auf den Inhaber. Der
vom Aufsichtsrat zu bestel-
lende Vorstand besteht aus
zwei oder mehreren Per-
sonen; es können auch
stellvertretende Vorstands-
mitglieder bestellt werden.
Die Berufung der Gene-
ralversammlung erfolgt
mittels öffentlicher Ver-
sammlung derart, daß
zwischen dem Tage des
Bekanntmachens entfal-
lenden Wlattes und dem
Tage der Versammlung
selbst ein Zeitraum von
mindestens 17 Tagen liegt.
Öffentliche Bekanntma-
chungen der Gesellschaft
erfolgen im „Deutschen
Reichsanzeiger“ u. außer-
dem in den vom Vorstand
zu bestimmenden Zeitun-
gen. Zur Gültigkeit der
Bekanntmachungen genügt
deren Veröffentlichung im
Reichsanzeiger.
Triberg, 22. 1. 1930.
Bad. Amtsgericht.

Rastatt. A.41
Handelsregister: A.41
A. Bd. II O.-Z. 75:
Verola, Krepp, u. Dunt-
papierfabrik, Gesellschaft
mit beschränkter Haf-
tung, mit dem Sitz in
Rastatt. Der Gesellschaftervertrag ist
am 20. Dezember 1929 fest-
gestellt. Gegenstand des
Unternehmens ist die Her-
stellung von Papieren und
Papierwaren aller Art,
insbesondere die Her-
stellung von **Krepp-, Dunt-**
u. Metallpapier, sowie der
Handel mit solchen Waren.
Die Gesellschaft darf sich
an anderen Unternehmungen
beteiligen, die sie erwer-
ben und sie vertreten.
Das Stammkapital beträgt
200 000 M. Geschäftsführer
sind **Wilhelm Schmitt,**
Direktor in Rastatt, und
Eduard Sabel, stellvertre-
tender Direktor in Rastatt.
Sind mehrere Geschäfts-
führer bestellt, so wird die
Gesellschaft durch zwei Ge-
schäftsführer oder durch
einen Geschäftsführer zu-
sammen mit einem Proku-
risten vertreten. Dem
Heinrich Schultheiß, Kauf-
mann in Rastatt, ist Pro-
kura erteilt derart, daß er
berechtig ist, die Firma in
Gemeinschaft mit einem
Geschäftsführer zu zeich-
nen.
Ferner wird veröffent-
licht: Die Gesellschafterin
Firma **Kupper Bros. Co.** in
New York bringt unter An-
rechnung auf ihre Stamm-
einlage die in der Anlage
zum Gesellschaftsvertrag
näher verzeichneten, mit
insgesamt 180 000 M. be-
werteten Maschinen, Ge-
räte, Einrichtungen, u.
Warenvorräte in die Ge-
sellschaft ein. Die öffent-
lichen Bekanntmachungen
der Gesellschaft erfolgen im
Deutschen Reichsanzeiger.
Rastatt, 17. 1. 1930.
Amtsgericht Rastatt.

Triebers. A.94
Handelsregister: A.94
B. II unter O.-Z. 31:
„Deutsche Bank und Dis-
conto-Gesellschaft, Zweig-
stelle Triberg“ in Triberg,
mit Hauptniederlassung in
Berlin, unter der Firma
Deutsche Bank und Dis-
conto-Gesellschaft“ Gegen-
stand des Unternehmens
ist: Der Betrieb von Bank-
geschäften aller Art, ins-
besondere Förderung und
Erleichterung der Handels-
beziehungen zwisch. Deutsch-
land, den übrigen europäi-
schen Ländern und über-
seeschen Märkten. Das
Grundkapital beträgt
285 000 000 M. Vorstands-
mitglieder sind: **Kaufmann**
Oscar Schlüter, die Direk-
toren Emil Georg von
Stauff, und Alfred Bin-
zigg, Berlin-Dahlem, die
Bankdirektoren Selmar
Fejer, Berlin-Charlotten-
burg, Dr. Paul Bonn und
Dr. Werner Rehl, Berlin-
Dahlem, die Bankiers Os-
kar Wassermann, Dr.

Heute verschied sanft im evangelischen
Stift in Freiburg meine liebe Tante
Frl. Luise Kirchgessner
ehemals Vorsteherin eines Töchter-
pensionates mit Töchterschule in
Freiburg und später in Dresden
im hohen Alter von fast 93 Jahren.
Der göttlichen Fürsorge des Stiftes und
der liebevollen Pflege seiner Schwestern
dankt die Verstorbene einen freundlichen,
sorgenfreien Lebensabend.
Heidelberg, den 2. Februar 1930.
Dr. Mays
Geheimer Regierungsrat
A.147

Badisches Landestheater
Dienstag, 4. Februar 1930
* A. 14. Fh.-Gem. 101—200
und 501—600
Hänjel und Gretel
Märchenoper
von Humperdinck
Dirigent: Schwarz
Regie: Dr. Langgrebe
Mitwirkende:
Blant, Fischbach, Seiber-
lich, Winter, Kallab,
Kaufstetter, Köfer.
Hierauf
Tanzsuite
(Rustnader Suite)
Von **Schajkowski**
Dirigent: Schwarz
Choreographische Leitung:
Fürstenuau
Mitwirkende:
Das Ballett, die Fachschule
für Tanz, die Kinder-
ballettschule.
Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise C (1—7 RM)

Mi., 5. Febr.: **Der Marsch**
auf Rom. Do., 6. Febr.:
Rigoletto, Fr., 7. Febr.:
Das Glöckchen des Ere-
miten. Sa., 8. Febr.: Neu
einstudiert: **Das Kästchen**
von Helibronn.
So., 9. Febr.: Nachmittags:
Hänjel und Gretel.
Hierauf: **Tanzsuite.**
Abends: Zum erstenmal:
Die Briganten. Im
Songstheater: ... Vater
sein dagegen Febr.
No., 10. Febr.:
6. Sinfoniekonzert.

COLOSSEUM
Täglich 8 Uhr
Sonntags 3 1/2, und 8 Uhr
Das Mädel
vom Broadway
Abelsheim. A.108
In das Vereinsregister
wurde unter O.-Z. 14 ein-
getragen: „Bezirksbau-
verein Abelsheim in Abels-
heim“.
Abelsheim, 29. 1. 1930.
Amtsgericht.

Druck G. Braun, Karlsruhe